



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen
Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Frieser: SPD taktiert auf dem Rücken der Kommunen Ablehnung des Kompromissangebots durch SPD und Grüne in Hartz-IV- Verhandlungen blockiert Geld für Kommunen und Regelsatz-Empfänger

Nürnberg, 9.2.11
Bezug:
Anlagen:

Michael Frieser, MdB

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

"Für mich war es eindeutig eine taktische Spielerei der Sozialdemokraten, die Hartz-IV-Verhandlungen im beginnenden Superwahljahr scheitern zu lassen. Der Opposition geht es schon lange nicht mehr um die Erfüllung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts", sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Frieser. "Entscheidend ist jetzt die Sitzung im Bundesrat am kommenden Freitag. Den Ländervertretern muss klar sein, dass ihren Kommunen viel Geld verloren geht, wenn sie das Vermittlungsangebot der Bundesregierung ausschlagen."

Die Bundesregierung bietet hierbei an, den Bundesanteil an den Mietkosten der Regelsatzempfänger von 25 Prozent auf fast 34 Prozent zu erhöhen. Damit soll das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in den Kommunen finanziert werden. Die Kommunen könnten so künftig über den Einsatz von zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro entscheiden. Die Bundesregierung hat zudem die schrittweise Übernahme der Grundsicherungsleistung für Rentner mit kleinen Einkommen bis zum Jahr 2015 angeboten. Damit wurden die Gemeinden um weitere zwölf Milliarden Euro entlastet.

Zu den Angeboten der Bundesregierung an die Opposition gehört zudem die Einführung drei neuer Mindestlöhne in den Branchen Zeitarbeit, Aus- und Weiterbildung sowie Wach- und Sicherheitsdienste.

"Die Bundesregierung hat der SPD und den Grünen ein weitgehendes Kompromissangebot unterbreitet. Wir haben diese Angebote gemacht, damit die Menschen im SGB-II-Bezug bereits im Februar den erhöhten Satz erhalten. Dass diese Angebote ausgeschlagen wurden, ist für mich unbegreiflich", sagt Frieser.

"Wir dürfen nicht vergessen, dass das Bundesverfassungsgericht Bundesregierung und Bundestag beauftragte, die Hartz-IV-Regelsätze transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Die Opposition hat diese Aufgabe mit sachfremden politischen Forderungen überfrachtet, mit denen sie meint Landtagswahlen gewinnen zu können - dazu gehören eine willkürliche Erhöhung des Regelleistungen und ein weitreichender Eingriff in die Tarifautonomie." Jede Erhöhung des Regelsatzes führt aber zu einer größeren Anzahl von Bezugsberechtigten und Aufstockern, denn es fallen mehr Menschen mit geringen Einkommen unter die Bezugsgrenze des Regelsatzes.